

## **Thema: Sicher leben! Aktiv gegen LSBTIQ\*-Hasskriminalität**

Es fehlen hauptamtliche LSBTIQ\*-Ansprechpersonen bei Polizei und Staatsanwaltschaften. Werden sie dies bei der Polizei einrichten und Schwerpunktstaatsanwaltschaften schaffen und die Sensibilisierung und Fortbildung bei Polizei und Justiz fördern?

### **CDU**

Vielfalt und Zusammenhalt machen unsere Gesellschaft stärker und menschlicher. Hassgewalt gegen unterschiedliche Lebensentwürfe lehnen wir ab. Jeder muss unabhängig von seiner sexuellen Identität frei und ohne Angst leben können. Die Vielfalt der Schöpfung wird von manchen noch immer und immer wieder abschätzig behandelt und angegriffen. Wir unterstützen die unterschiedliche Lebenswirklichkeit in unserem Land und fördern die LSBTIQ\*-Strukturen und -Projekten im ganzen Land. Wir werden die Unterstützungsangebote für LSBTIQ\* fortsetzen. Für ein Leben in Freiheit und Würde, ohne Diskriminierung oder sogar staatliche Verfolgung, sind ganze Generationen mutiger Menschen auf die Straße gegangen. Wir engagieren uns weiterhin gegen Diskriminierung und für Vielfalt und Zusammenhalt. Die Antidiskriminierungsarbeit in der Landesverwaltung sowie im öffentlichen Dienst repräsentieren unsere Ansätze für die nächsten Jahre.

### **SPD**

Wir wollen die Sensibilisierung auch im Bereich der Polizei und Justiz deutlich stärken. Dafür wollen wir, insgesamt in der Ausbildung nochmal verstärkt darauf eingegangen werden. Auch in der Fort- und Weiterbildung der Bediensteten in diesen Bereichen wollen wir uns Einsetzen. Ansprechpartner:innen und Beauftragte sind ansprechbar wirken aber auch präventiv. Wir wollen insgesamt eine Kampagne für Gleichstellung und Akzeptanz über die gesamten Landesverwaltung im Sinne des Diversity (Diversity-Management). Zu prüfen ist die Einführung einer Melde-App nach französischem Vorbild.

### **Bündnis 90 / Die Grünen**

Wir streiten seit unserer Gründung dafür, dass Lesben, Schwule, bisexuelle, trans\*, inter\*, nicht binäre und queere Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte in NRW selbstbestimmt, ohne Ausgrenzung und Angst leben können. Vielfalt ist gelebter Alltag in unserem Land und die vielen CSDs und Pride-Demonstrationen haben längst einen festen Platz in unserer Gesellschaft. Trotzdem gehören Ausgrenzung und Diskriminierung für viele queere Menschen zu ihren alltäglichen Erfahrungen. Deshalb werden wir Betroffenen und Verbänden das Recht geben, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Das schreiben wir in einem Landesantidiskriminierungsgesetz fest.

Wir stärken queeres Leben und die Vielfalt unserer Zivilgesellschaft, indem wir den „Aktionsplan für queeres Leben“ weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Er sorgt für Gleichstellung durch Aufklärung, Bildung und Schutz, soll in allen Ministerien umgesetzt und als Querschnittsaufgabe dauerhaft verankert werden. Wir bauen das Angebot von niedrigschwelliger und intersektionaler Beratung, Koordination, Kinder- und Jugendarbeit, Senior\*innenarbeit, psychosozialer Beratung und Selbsthilfegruppen aus und stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir Angebote schaffen und bestehende finanziell absichern. Wir unterstützen das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement der queeren Community und werden es auch langfristig finanziell besser unterstützen.

Außerdem legen wir ein wirksames Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören fachlich qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ\*, die Opfer von Hasskriminalität und Gewalt geworden sind, und verpflichtende Fortbildungen in der Polizei zur Sensibilisierung zu LSBTIQ\*-Themen und Hassverbrechen. Die Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung queerer Menschen in unserem Land werden wir aufarbeiten, Opfer entschädigen und Orte der Erinnerung schaffen.

Für genderqueere Personen, die von Gewalt betroffen sind, wollen wir eine passgenaue Unterstützung schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes Personal gewährleistet wird.

Präventive Täterarbeit bauen wir aus. Wir wollen ein starkes Bündnis gegen Sexismus. Die gerichtsverwertbare vertrauliche Beweissicherung setzen wir flächendeckend, wohnortnah um. Für trans\* Frauen muss der Zugang zu Frauenhilfestrukturen so- wie ihr Schutz in diesen gewährleistet werden.

Wir entwickeln das Hilfesystem so weiter, dass Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt die Unterstützung erfahren, die sie brauchen. Außerdem setzen wir bei Polizei und Justiz Schwerpunkte bei der effektiven Bekämpfung von Gewalttaten gegen Frauen und queere Personen. Das beinhaltet schnelle Ermittlungen, schnelle Strafverfahren und eine bessere Bewertung von Risikofällen.

Mit Aktionstagen und Fortbildungen sensibilisieren wir alle Mitarbeitenden in der Justiz für Vielfaltsthemen wie Migration, Religion, Behinderung, Gender und LSBTIQ\*, um individuelle und strukturelle Barrieren abzubauen und um zukünftig untereinander und im Umgang mit Bürger\*innen möglichst diskriminierungsfrei zu agieren.

### **FDP**

Trotz des jahrelangen Einsatzes für gleichberechtigtes und respektvolles Miteinander ist die Lage für LSBTIQ\*-Menschen nach wie vor nicht zufriedenstellend. Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität prägen nach wie vor die Lebensrealität von LSBTIQ\*-Menschen. Sicherheitsbehörden, polizeiliche Ermittlungsdienste und Justiz wollen wir deswegen im Rahmen von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die Erkennung und Verfolgung homo- und transfeindlich motivierter Hasskriminalität besonders sensibilisieren.

Wir wollen dafür sorgen, dass Straftaten aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Orientierung entsprechend benannt sowie zeitnah verfolgt und angeklagt werden.

Wir unterstützen das Vorhaben der neuen Bundesregierung, geschlechtsspezifische und homosexuellenfeindliche Beweggründe in den Katalog der Strafzumessung des § 46 Abs. 2 StGB explizit aufzunehmen. Hasskriminalität aufgrund des Geschlechts und gegen queere Menschen soll separat erfassen.

LSBTIQ\*-Feindlichkeit und -Stigmatisierung wollen wir außerdem beispielsweise durch Beiträge zur Aufdeckung und Widerlegung von Verschwörungstheorien konsequent entgegentreten.

## **LSVD #QueerCheck zur Landtagswahl NRW 2022**

### **AfD**

Um ehrlich gegen Schwulenhass und ähnliche Phänomene vorgehen zu können, muss zunächst einmal offen über die Ursachen und Täter gesprochen werden. Unzweifelhaft spielt hier die Massenzuwanderung, insbesondere aus muslimisch geprägten Ländern, eine wesentliche Rolle. Die hier genannten Maßnahmen erscheinen dagegen eher als Placebo, um einer offenen Diskussion aus dem Wege zu gehen.

### **Die Linke**

DIE LINKE NRW fordert die Schaffung von Beratungsstellen in den Kommunen, die Betroffene antiequere Diskriminierung sowie von Hasskriminalität und Gewalt unterstützen, explizit auch mit kostenloser Rechtsberatung. Außerdem fordern wir verbindliche Weiterbildungsmaßnahmen in Polizei und staatlichen Behörden, um struktureller Homo- und Transfeindlichkeit entgegenzuwirken und anti-queere Straftaten korrekt zu erfassen und zu verfolgen.

### **Die Piraten**

Wir fordern, dass alle Stellen des Öffentlichen Dienstes über Probleme von LSBTIQ\* Menschen fortgebildet werden. Zudem sollen Straftaten mit homophobem oder transphobem Hintergrund in der polizeilichen Kriminalstatistik separat aufgenommen werden, um die Reichweite der Problematik sichtbar zu machen.

Alle weiteren Antworten auf die LSVD-Wahlprüfsteine und die Auswertung des #QueerChecks:  
[www.nrw.lsvd.de/landtagswahl-2022/](http://www.nrw.lsvd.de/landtagswahl-2022/)